

- 7 NOV 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XVII/225

Bonn, den 7. November 1962

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ungenügend</u> ----- Fragen blieben offen	45
2 - 3	<u>Neue Perspektiven für die EWG</u> ----- Zur Konferenz der Sozialdemokratischen Parteien Europas in Paris Von G. Markscheffel, z. Zt. Paris	94
4 - 5	<u>Hessen wählt am 11. November</u> ----- Von Jakob Altmaier, MdB	78
6 - 7	<u>Versuch, Anschluss zu gewinnen</u> ----- CEU-Wendung zur aktiven Bildungspolitik	63
- 8	<u>Zur Information:</u> <u>Jungsozialisten und Bundeswehr</u> -----	69

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ungenügend

Fragen blieben offen

sp - Ungenügend, in hohem Maße unbefriedigend - das ist das Urteil aller jener, die unbefangenen die Antwort des Bundesinnenministers Höckerl auf bohrende Fragen der Sozialdemokraten in Sachen Spiegel-Aktion auf sich einwirken liessen. Gewiss hatte der Minister keinen leichten Stand, er musste stellvertretend für den erkrankten Bundesjustizminister einspringen, und die Unsicherheit war ihm anzumerken. Er bewegte sich auf unsicherem und schwankendem Boden, häufig stolperte der sonst so reddegewandte Mann, und manchmal schien es, als ob er es selbst merken würde, dass er den Fragestellern zuviel an wortreichen, doch der Substanz mangelnden Erklärungen, Deutungen und Interpretationen zumutete.

Entscheidende Fragen der "Begleiterscheinungen" der Spiegel-Aktion blieben offen und harren noch der Beantwortung.

Nicht geklärt wurde, welche deutsche Stelle die spanische Polizei veranlasste, den Spiegel-Redakteur Konrad Ahlers in Malaga festzunehmen;

offen blieb die Rolle, die das Bundesverteidigungsministerium in dieser die Rechtssicherheit in der Bundesrepublik infrage stellende Angelegenheit spielte;

ausserstande zeigte sich der Bundesinnenminister Höckerl, das Dunkel zu durchleuchten, das zwischen dem 24. und 27. Oktober liegt, einer Zeit also, in der der Bundesjustizminister Stammburger jederzeit über die beabsichtigte Aktion gegen den Spiegel hätte unterrichtet werden können, sein nun geopferter Staatssekretär Strauss das zu tun aber unterliess - auf wessen Geheiss eigentlich?

ungenannt blieb auch der Zeitpunkt, in welchem Staatssekretär Globke Kenntnis von dem Ermittlungsverfahren gegen den Spiegel bekommen hat und

mit Schweigen wurde die gewiss nicht unwichtige, für die innere Verfassung der gegenwärtigen Regierung bezeichnende Frage übergegangen, ob die Brückierung Stammburgers mit Wissen und Duldung des Bundeskanzlers erfolgte.

Weshalb nahm der Bundesinnenminister zu ausweichenden Antworten Zuflucht? Für ihn und viele seiner Freunde mag es genügen, für die deutsche Öffentlichkeit und die parlamentarische Opposition aber genügt es nicht. Sie werden in ihren Bemühungen nicht nachlassen, um Licht über die im Zusammenhang mit der Spiegel-Aktion aufgetretenen Rechtsübertretungen, Eigenmächtigkeiten, Übergriffe und Verfassungsbrüche zu bringen. Es geht um die Gültigkeit rechtsstaatlicher Grundsätze in unserem Staate und um das in unserem Volke herrschende Unbehagen, manche Stellen der Regierung könnten ungestraft nach Willkür verfahren.

Die Fragestunde wird morgen fortgesetzt. Werden bessere und überzeugendere Antworten erfolgen als sie heute gegeben worden sind?

Neue Perspektiven für die EWG

Zur Konferenz der Sozialdemokratischen Parteien Europas

Von G. Markscheffel, z.Zt. Paris

Das entscheidende Merkmal der Konferenz der Sozialdemokratischen Parteien der sechs EWG-Staaten, die zu Beginn dieser Woche in Paris ihre fünfte gemeinsame Tagung abgehalten haben, dürfte die übereinstimmend getroffene Feststellung sein, daß sich die dynamische Wirtschaftsentwicklung in größeren Räumen jenseits jeder Dogmatik und auch jenseits von Theorien vollzieht, die in früheren Jahren bei den Sozialisten Europas ohne Zweifel eine nicht untergeordnete Rolle gespielt haben. Es ist kein Geheimnis, daß die Sozialdemokratischen Parteien der sechs EWG-Staaten mit unterschiedlichen Vorstellungen an den Versuch herangegangen waren, in die europäischen Institutionen eigene und aus der Perspektive der jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitik sich ergebenden Ideen hineinzutragen. Die Praxis der Zusammenarbeit hat einen Pragmatismus entwickelt, der es erlaubte, die jeweils aufgetretenen Probleme entsprechend den Anforderungen der Nützlichkeit zu diskutieren und ihrer Lösung entgegenzuführen. So ergab es sich, daß bei der Bewältigung praktischer Aufgaben im EWG-Raum durchaus sozialistische Vorstellungen auch von anderen politischen Gruppen akzeptiert wurden, ja, das sozialistische Gedanken oft sogar der Motor waren, mit dessen Hilfe bestimmte Planungen wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftspolitischer Art vorbereitet werden konnten.

Diese Tatsache findet heute ihren Ausdruck in der allgemeinen Anerkennung der positiven Leistungen und Anregungen der Sozialdemokratischen Parteien Europas in den europäischen Parlamenten und Institutionen.

* * *

So ist zum Beispiel unbestritten, daß zusammengeballte wirtschaftliche Macht an sich nicht unbedingt "von Übel" sein muß. Viel wichtiger ist die Frage, wie diese Macht kontrolliert werden kann und w e r sie kontrolliert.

Die unterschiedliche Bedeutung der Wirtschaft der öffentlichen Hand in den einzelnen EWG-Staaten wurde lange Zeit verkannt; jetzt ist man sich darüber einig, daß die wirtschaftliche Macht der bereits in Gemeineigentum befindlichen Betriebe ein Regulativ im Verhältnis zur privaten Wirtschaftsmacht von Kartellen und Monopolen sein kann.

Ebenso bedeutsam ist das von den Sozialdemokratischen Parteien, aber auch von anderen politischen Gruppierungen innerhalb der EWG-Staaten anerkannte segensreiche Wirken des Genossenschaftswesens, das auch in der weiteren Entwicklung eine Kontrollfunktion im internationalen Maßstab übernehmen soll.

Die moderne Industriegesellschaft kommt immer mehr zu der Einsicht, daß Wirtschaft und Politik nicht zwei voneinander zu trennende Faktoren sind, sondern ein Ganzes. Die Sozialdemokratischen Parteien fordern daher die Synchronisierung dieser beiden Faktoren auch in der Gesetzgebung im internationalen Rahmen. Daß hierbei die Pariser Konferenz besonderes Gewicht auf den Ausbau der parlamentarischen Instanzen inner-

halb der EWG auf supranationaler Ebene anstrebt, ist eine Selbstverständlichkeit. In der Praxis bedeutet dies: Die Sozialdemokraten Europas wollen die Leitung des weiteren Integrationsprozesses der europäischen Wirtschaft einem einzigen europäischen Exekutivorgan übertragen und die Befugnisse des Europäischen Parlaments erweitern.

* * *

Alle in Paris vertretenen Parteien haben den Beitritt Großbritanniens zur EWG befürwortet und in einer besonderen EntschlieÙung ihren Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen, die zur Zeit hierüber in Brüssel geführt werden, im Geiste der Überwindung von Schwierigkeiten stattfinden mögen, die sich ohne Zweifel für Großbritannien aus seinem komplizierten Verhältnis zu den Commonwealthstaaten ergeben. Ebenso eindeutig begrüÙte der Pariser Kongreß alle Bemühungen zur Erweiterung der EWG auf andere europäische Staaten, sei es durch deren direkten Beitritt oder durch die Assoziation.

Die in Paris anwesenden Vertreter der britischen Labour-Party sowie die italienischen Nenni-Sozialisten (die Nenni-Partei gehört bekanntlich nicht der Sozialistischen Internationale an), hatten sich in ihren Diskussionsbeiträgen durchaus positiv zu den Grundsatzvorstellungen der übrigen Sozialistischen Parteien Europas ausgesprochen, ohne allerdings - dies trifft besonders auf die Labour-Party zu - die bekannten Schwierigkeiten aus der Sicht Großbritanniens zu verhehlen.

* * *

Die rein politische Bedeutung der Pariser Konferenz ergibt sich aus zwei unwidersprochen gebliebenen Forderungen und Feststellungen, die besonders von der Delegation der Deutschen Sozialdemokratie zur Diskussion gestellt wurden:

1. Die Sozialdemokratischen Parteien der EWG-Staaten sind sich darüber einig, daß die enge Zusammenarbeit des Vereinten Europas mit den Vereinigten Staaten im Sinne einer Partnerschaft die Grundlage für die Widerstandsfähigkeit der freien Welt gegenüber den politischen, ökonomischen und militärischen Aggressionstendenzen des kommunistischen Totalitarismus sind.
2. Es besteht unter den Sozialdemokratischen Parteien Europas Einmütigkeit darüber, daß die im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entwickelten Voraussetzungen für eine dynamische und freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik den Kommunismus dazu zwingt, die Überlegenheit der freiheitlich-demokratischen Ordnung des Westens in sein politisches und wirtschaftliches Verhalten einzukalkulieren.

- In diesem Sinne gewinnen die Beschlüsse der Pariser Konferenz der Sozialdemokratischen Parteien Europas die Bedeutung eines politischen Manifests, das weit über den Rahmen der bisher üblichen Terminologie in der Ost - Westauseinandersetzung hinausgeht.

+ + +

Hessen wählt am 11. November

Von Jakob Altmaier, MdB

Das dritte Bundesland, das in diesem Jahr den politischen Puls seiner Bevölkerung messen und sein heimisches Parlament erneuern wird, ist Hessen.

Von 2,633 Millionen gültiger Stimmen, die im Jahre 1958 bei den hessischen Landtagswahlen abgegeben wurden, hatten für die SPD 1,235 Millionen Wähler gestimmt, gleich 46,9 Prozent. Auf die CDU waren 843.000 Stimmen entfallen, gleich 32 Prozent. Mit 9,5 Prozent und 230.000 Stimmen kam die FDP als dritte Partei ans Ziel. Die Gesamtdeutsche Partei (BHE/GB) erreichte den vierten Platz mit rund 194.000 Stimmen, gleich 7,4 Prozent. Gemäß diesem Wahlergebnis erhielten von 36 gewählten Abgeordneten: die SPD 48 Mandate, die CDU 32, die FDP 9 und die GDP 7.

Ohne sich auf irgend ein Feilschen und Handeln einzulassen, hatte bereits in der Wahlnacht der bisherige sozialdemokratische Ministerpräsident Georg August Zinn dem Lande Hessen verkündet: Die Sozialdemokratische Partei, der wieder das Recht der Regierungsbildung zugefallen sei, werde zusammen mit den sieben Abgeordneten des BHE ein neues Kabinett bilden. So geschah es, und zum dritten Mal wurde der verdiente und so populäre Dr. Zinn Ministerpräsident von Hessen und die Sozialdemokratische Partei der bestimmende Motor der neuen Regierung. Sie war es seit 1946 und ist es von Wahl zu Wahl, von Landtagsperiode zu Landtagsperiode bis zum heutigen Tag geblieben.

Nicht in den Schoß gefallen

Das ist der Sozialdemokratie in Hessen nicht in den Schoß gefallen. Es ist lediglich der Beweis des Vertrauens, den die hessische Bevölkerung ihrer sozialdemokratischen Führung und ihrer Regierung in stetig steigendem Maß entgegengebracht hat. Daß sie von ihren politischen Gegnern in diesen zwölf Jahren auf Schritt und Tritt und Tag für Tag, in jeder Gesetzesvorlage und in jeder Gesetzeshandhabung mit Argusaugen überwacht worden ist, daß CDU und FDP jedes Komma geprüft und bespitzelt haben bis hinunter in die letzte Gemeinde, wen wundert es? Wehe, wenn sich irgend ein Minister und sein Amt einen Fehler erlaubten, wenn sich in diesen zwölf Jahren sozialdemokratischer Regierung in Wiesbaden auch nur ein einziger Skandal wie in dem damit so reich gesegneten Bonn abgespielt hätte, wie sie gejubelt, trompetet, geschrien und gehetzt hätten, diese Gegner der SPD!

Musterland der Bundesrepublik

Nichts dergleichen. Eine saubere, gerechte, tolerante und sozialfortschrittliche Regierung hat dieses Hessen zum Musterland der Bundesrepublik werden lassen. Ob Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft, ob Kunst, Wissenschaft, Schulen, Universitäten und Akademien jeglicher Art, ob Lehrerausbildung, Straßenbau, Volksgesundheit und Sport, nichts ist vernachlässigt worden. "Hessen ist das Paradies für

Heimatvertriebene", ist ein geläufiges Wort in den Verbänden der Vertriebenen. Jugendplan, Wohnungsbau, Fürsorge für Jung und Alt, für Kriegsversehrte, für Kranke und Schwache, für Mütter und Kinder; kein Heim, kein Hof und keine Wohnung, in die nicht ein Strahl der sozialen Gerechtigkeit und Wohlfahrt gedrungen wäre.

Dreimal soviel Schulklassen wie 1939

Hessen besaß 1945 nur noch 776.000 Wohnungen. Es hat heute 1.460.000. Davon sind seit 1959: 203.000 neu gebaut worden. Das Land besitzt heute dreimal soviele Schulklassen wie 1939 trotz schrecklicher Kriegszerstörungen. Hessen war das erste Land, das die Schul- und Lehrmittelfreiheit eingeführt hat. Es bezahlt die höchsten Lehrergehälter. Es gibt in Hessen kein tuberkulöses Rind; und fünftausend mit Staatshilfe finanzierte Maschinengenossenschaften rationalisieren die landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Produktion, die in Hessen um 25 bis 30 Prozent in den Ertragsergebnissen gestiegen ist. Die Mittelpunktschulen, die wie Pilze aus dem Boden wachsen, garantieren den Kindern der kleinsten Dörfer die achtklassige Schule und eine städtische Schulbildung. Die Dorfgemeinschaftshäuser sind eine selbst im Ausland bewunderte und nachgeahmte Revolution. "Die soziale Aufrüstung des Dorfes" hat das Gesicht der Dörfer und ihrer Bewohner derart umgestaltet, daß auch dort das Leben lebenswert geworden ist.

Zuversicht der SPD

So sehr die CDU und selbst die Kirchen anfangs gegen diesen "Kommunismus", wie sie sagten, gewettert haben, heute sprechen die Pfarrer bei der Eröffnung der Gemeinschaftsanlagen ihr Gebet, spenden ihren Segen und selbst die CDU begrüßt nunmehr die Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser. In ihrem Wahlprogramm will die CDU - wenigstens in Hessen - plötzlich nichts mehr von Konfessionsschulen wissen, die sie immer gefordert und überall dort eingerichtet hat, wo sie die Mehrheit besitzt.

Wer gibt CDU und FDP, die geschworen und sich verschworen haben, in keine Koalition mit der SPD einzugehen, ein zugkräftiges Wahlprogramm?

Die SPD und Georg August Zinn aus der Regierung zu vertreiben, das ist das gemeinsame Ziel von CDU und FDP in Hessen. Das ist die Frage, die diese beiden Parteien im Wahlkampf interessiert. Wenn die überfüllten Wahlversammlungen der Sozialdemokraten nicht täuschen, dann wird es am Abend des 11. November bei der CDU und FDP in Hessen lange Gesichter geben.

+ + +

Versuch, Anschluß zu gewinnen

K.H. - Der zweite Kulturpolitische Kongreß der CDU/CSU in Augsburg war von dem Bestreben geprägt, die dem bildungspolitischen Harakiri von 1960 zum Opfer gefallene pädagogische Diskussion innerhalb der Regierungspartei wieder zu beleben.

In Gelsenkirchen bot diese Partei angesichts der schon damals jedermann erkennbaren Notwendigkeit, unser fast in allen seinen Teilen antiquiertes Bildungswesen den Erfordernissen der industriellen Gesellschaft anzupassen, ein Bild der Hilflosigkeit. Wo immer sich den Graßhütern des "C" der Verdacht auftat, daß die bildungspolitischen Konsequenzen einer industriellen Massendemokratie geheiligte Güter des Abendlandes in Frage stellen könnten, sagte man ohne Diskussion "Nein". Mit diesem Nein, das der "Bremer Plan" der deutschen Lehrerverbände ebenso jede Diskussionswürdigkeit von vornherein absprach wie es den "Rahmenplan" des Deutschen Ausschusses ohne Angabe pädagogischer Gründe zurückwies, hatte sich die Regierungspartei damals selbst aus der Diskussion um die Zukunft unseres Bildungswesens ausgeschaltet, weil sie nicht bereit oder fähig war, sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen.

Der Augsburger Kongreß der CDU vom 4. bis 6. November 1962 verriet demgegenüber von Beginn an die Absicht, den verlorenen Anschluß in einem Gewaltmarsch wiederzugewinnen. Dabei wurden die Delegierten von Hermann Josef Duffhues wie von den beiden Hauptreferenten Erhard und Maunz ermahnt, in vier Arbeitsgruppensitzungen die Leitlinien eines "für die Gesamtpartei verbindlichen Kulturprogramms" zu erarbeiten.

Insbesondere Edo Osterloh, der "weiße Rabe" unter den christdemokratischen Kultusministern, ließ keinen Zweifel daran, daß es in der CDU Kräfte gibt, die nicht länger gewillt sind, sich den Blick auf die Realitäten unserer Zeit durch "heilige Kühe" verstellen zu lassen. Mit der Bemerkung, daß es in der Gesellschaft der Zukunft Funktionäre, Spezialisten und Roboter geben müsse, gab er mit deutlicher Spitze gegen seinen bayerischen Kollegen Maunz seinem Unbekagen an der "Brille eines humanistischen Zeitalters" Ausdruck, die noch manche Passage der Plenumsvorträge färbte.

Wenn sich bei solchen Formulierungen auch noch gelegentlich Widerspruch regte, so läßt doch gerade die Diskussion des Arbeitskreises "Zweiter Bildungsweg - Ausbildungshilfe" hoffen, daß die CDU/CSU auf dem Wege ist, sich neuen Einsichten zu öffnen. Das gilt für das unvermutete Bekenntnis zum Zweiten Bildungsweg als eines eigenständigen Systems berufsbezogener Bildungsabschlüsse wie für die Anerkennung der Notwendigkeit, in ländlichen Gegenden wenigstens die Volksschuloberstufe schulorganisatorisch zusammenzufassen, wie auch für die im Hinblick auf die Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion besonders interessante Einsicht, daß das System der Bildungs- und Ausbildungsbeihilfen dringend der Neuordnung auf gesetzlichem Wege bedarf.

Daß die dabei - etwa von einem Vertreter der katholischen Elternschaft - zum Ausdruck gebrachte Besorgnis, viele der geäußerten Ansichten unterschieden sich kaum noch von den Bildungskonzeptionen der SPD oder der Gewerkschaften, von Edo Osterloh mit der Bemerkung vom

Tisch gewischt werden konnte, es komme darauf an, politisch brauchbare Konzeptionen zu entwickeln, wobei sich die CDU davor hüten müsse, eine Sache nur deshalb zu verketzern, weil sie auch von anderen angestrebt werde, zeigt deutlich, daß in dieser Partei die Gruppe der kulturpolitischen Pragmatiker an Einfluß gewinnt, die sich die Wendung zu einer aktiven Bildungspolitik das Opfer einiger überalteter Vorstellungen kosten lassen wollen.

Ganz sicher werden nicht alle Träume reifen, ganz sicher werden handfeste Verbandsinteressen die endgültige Formulierung der Ergebnisse maßgeblich beeinflussen. Im Interesse der Zukunft unseres Bildungswesens bleibt jedoch zu hoffen, daß die Diskussion um die einmal in Frage gestellten Tabus der Regierungspartei nicht mehr abreißt und allen politischen Kräften unseres Landes den Weg zur Einigung in dieser lebenswichtigen Frage ebnet.

Jungsozialisten und Bundeswehr

sp - Der Wehrpolitische Ausschuß der Jungsozialisten führte am letzten Wochenende im Jugendhaus Steineck in Bad Godesberg-Mehlem unter seinem Vorsitzenden Werner Buchstaller, MdB, eine wehrpolitische Informationstagung durch. An ihr nahmen etwa 35 Vertreter aus allen SPD-Bezirken der Bundesrepublik teil. Es waren Jungsozialisten, die von den einzelnen Bezirksvorständen mit der Kontaktpflege zur Bundeswehr betraut sind.

Über aktuelle Fragen der Verteidigungspolitik informierte die Teilnehmer der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags, Hans Merten, mit seinem Referat "Sicherheit in einer geteilten Welt".

Der Referent führte aus, daß es gerade im Bereich der Verteidigungspolitik notwendig sei, sachlich und nüchtern zu denken und sich nicht von Emotionen leiten zu lassen. Das sei besonders in Zeiten politischer Hochspannung, die jederzeit die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in sich berge, notwendig. Ziel einer umfassenden Außenpolitik und in diesem Rahmen militärischer Anstrengungen müsse es sein, das Risiko für einen möglichen Angreifer so hoch zu schrauben und sichtbar werden zu lassen, daß dieser im eigenen Interesse auf militärische Aktionen verzichte. Die Richtigkeit dieses Grundsatzes habe unter anderem die Kuba-Krise bewiesen. Die Krise habe außerdem mit nicht zu übersehender Deutlichkeit gezeigt, daß militärische Aktionen in letzter Konsequenz kein Ersatz für konstruktive Politik seien. Hans Merten sprach sich für eine Aufgabenteilung innerhalb der NATO aus und lehnte deshalb eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab. Er kritisierte die unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung auf den Gebieten der territorialen Verteidigung, des zivilen Bevölkerungsschutzes und auch in den Bemühungen um eine Entspannungspolitik.

Im Mittelpunkt der wehrpolitischen Bemühungen der Jungsozialisten stand von jeher der "Staatsbürger in Uniform". Der wehrpolitische Ausschuss hatte deshalb als weiteren Referenten der Tagung den Kommandeur

der "Schule der Bundeswehr für Innere Führung", Oberst Hinkelbein, eingeladen. In seinen Ausführungen, die er unter die Überschrift "Staatsbürger in Uniform - Illusion oder Wirklichkeit?" stellte, zog er Bilanz über die bisherigen Erfolge und Schwierigkeiten der "Inneren Führung". Er wies - übrigens in voller Übereinstimmung mit den Tagungsteilnehmern - darauf hin, daß es nicht allein die Aufgabe der Bundeswehr sein könne, den Staatsbürger zu erziehen. Die Anstrengungen im militärischen Bereich müßten tatkräftig durch Elternhaus, Schule, Jugendverbände und Parteien unterstützt werden.

Beide Referate wurden ausführlich diskutiert und brachten für alle eine Reihe neuer Informationen und Anregungen.

Den zweiten Teil der Tagung, der dem Erfahrungsaustausch gewidmet war, leitete der stellvertretende Vorsitzende des Wehrpolitischen Ausschusses, Christian Götz, mit seinem Referat "Jungsozialisten und Bundeswehr" ein. Er berichtete im einzelnen über die Tätigkeit des Ausschusses und über zentrale Maßnahmen der Jungsozialisten im Bereich der Bundeswehr. Unter anderem hat der Ausschuss in den letzten Wochen die von ihm verfassten Broschüren "Staatsbürger in Uniform" (zweite Auflage) und "Jungsozialisten und Bundeswehr" herausgegeben. Der Ausschuss kam damit einem Auftrag des letzten Bundeskongresses nach, die Arbeitsgemeinschaften in ihrer Kontaktarbeit zur Bundeswehr durch entsprechendes Material zu unterstützen.

Im Anschluß an das Referat berichteten die Vertreter der verschiedenen Bezirke über ihre wehrpolitische Tätigkeit. Dabei zeigte sich, daß in einer ganzen Reihe von Bezirken, die auch jeweils Fachreferenten ernannt haben, vorbildlich gearbeitet wird. In einem Bezirk besteht zum Beispiel eine 16-köpfige Arbeitsgruppe, die seit Monaten systematisch alle Fragen der Wehrpolitik durcharbeitet. In einem anderen Bezirk sind im Laufe eines einzigen Jahres über den "Ring politischer Jugend" von Jungsozialisten 60 Vorträge vor Soldaten gehalten worden.

Die Tagung wurde der ihr selbst gestellten Zielsetzung - Information und Erfahrungsaustausch - völlig gerecht und war somit ein Erfolg.

Die Teilnehmer beschlossen, ihre Tätigkeit in Zukunft noch besser zu koordinieren. Dazu sollen weiterhin regelmässig zentrale Informationstagungen durchgeführt werden.